Bezugspreis:
…erteljährlich in Neuenbürg ℳ 13.65. Durch die Poſt im Orts- und Oberamtsverkehr ſowie im ſonſtigen inländiſchen Verkehr ℳ 16.50 mit Poſtbeſtellgeld.
In Fällen von höherer Gewalt beſteht kein Anſpruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerſtattung des Bezugspreiſes.
Beſtellungen nehmen alle Poſtſtellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkaſſe Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erſcheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'ſchen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigepreis:
Die einſpaltige Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 75 ₰, außerhalb desſelben 85 ₰. Offerte und Auskunfterteilung 50 ₰.
Reklame-Zeile ℳ 2.50.
Bei größeren Aufträgen entſprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenſo wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Schluß d. Anzeigen-Annahme tags vorher.
Fernſprecher Nr. 4.
Für telefoniſche Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 269. Neuenbürg, Samstag, den 19. November 1921. 79. Jahrgang.

Rundſchau.

Der Winter iſt vorzeitig eingezogen, die Propheten, die einen frühen Eintritt vorausſagten, haben recht behalten. Auch die, die einmal einen Winter des Mißvergnügens ankündigten, ſcheinen die volle Wahrheit geſagt zu haben. Die Teuerung aller zum Leben notwendigen Dinge nimmt rapid zu. Der Mittelſtand, einſt die beſte Stütze des Staates und der ſolideſte Faktor in unſerem Wirtſchaftsleben, iſt vom Untergang bedroht. Ueber ſein Elend kann überhaupt nichts Neues mehr geſagt werden, es ſpricht für ſich ſelbſt ganze Bände. Darum iſt jetzt eine große Mittelſtandshilfe eingeleitet worden, eine Wohltätigkeitsaktion, von der ſich niemand ausſchließen ſollte, der einen beſſeren Platz in der neuen Zeit gefunden hat. Anzuerkennen iſt die wachſende Hilfsbereitſchaft der Landwirte, die ja jetzt die Mittel dazu haben. Auch andere Kreiſe gedenken wohl des Wortes: „Mann mit zugeknöpften Taſchen, dir tut niemand was zu lieb. Hand wird nur von Hand gewaſchen; wenn du nehmen willſt, ſo gib." Anzuerkennen iſt auch das Entgegenkommen der Staatsregierung in Sachen der Wohnungsbauten. 30 neue Millionen ſind in den neueſten Verhandlungen des Finanzausſchuſſes unſeres Landtags vom Miniſter des Innern, Graf, für dieſen Zweck in Ausſicht geſtellt.

Aber alle dieſe Hilfsverſuche ſind nur Flickwerk, ſolange nicht vom Reich aus der wüſten Spekulation und Preistreiberei mit nachdrücklicher entgegengetreten wird als bisher, ſolange nicht die Reichsregierung ſelbſt Ordnung und Sparſamkeit zum oberſten Grundſatz erhebt und mit deſſen Durchführung einmal bei ſich ſelbſt anfängt. Die Poſt-, Telegraphen- und Fernſprechgebühren werden ſchon wieder erhöht und haben jetzt den [illegible]fachen Betrag ihrer Höhe vor dem Kriege erreicht. Die Eiſenbahntarife ſollten am 1. Dezember und bereits wieder am 1. Februar ſoviel geſteigert werden, daß ſie ſich gegen ihren jetzigen ſchon unerträglich Stand nochmals verdoppeln. Das Reich braucht natürlich Geld um jeden Preis. Es zahlt jetzt ſchon für ein Zwanzigmarkſtück in Gold 850 M. und es gibt Spekulanten, die ſogar 1000 M. bieten, offenbar in der ſicheren Erwartung, daß das Reich noch über dieſen Sündenpreis hinausgehen werde. Alle Augenblick iſt eine Reparationszahlung an die Entente fällig. Die jetzige ſcheint ja gedeckt zu ſein, aber mit der am 15. Januar in Höhe von 500 Millionen Goldmark ſteht es bös aus. In England hatte man an eine Stundung gedacht, vielleicht auch nur ſo getan, aber die Reparationskommiſſion in Berlin läßt nicht mit ſich reden.

In dieſer Not hat ſich das Reich an die Exportinduſtrie gewandt. Sie möge mit ihren großen Guthaben im Ausland zur Deviſenbeſchaffung für dieſe Zahlung helfen. Die Großinduſtrie hat an dieſe Hilfe die Bedingung geknüpft, daß die Eiſenbahn in Privatbetrieb übergeführt und nach kaufmänniſchen Grundſätzen geleitet werden. Der Gedanke hat viel Beſtechendes an ſich, inſofern der Betrieb wohl ſparſamer und wirtſchaftlicher geſtaltet würde; aber die Tatſache, daß das Reich einer der Hauptbetriebe verluſtig ginge, gibt ſehr zu bedenken. Die Gewerkſchaften und die Angeſtelltenverbände wollen nichts davon wiſſen. Sie haben ſogar einen Gegenſtoß unternommen, deſſen bekannter Inhalt beweiſt, daß uns die größten Unruhen bevorſtehen, falls der Plan der Induſtriellen zur Ausführung kommt. Was nun werden ſoll, weiß niemand. Wir bekommen ſchließlich auch noch den Sequeſter, d. h. eine internationale Finanzkontrolle nach Berlin, die uns den letzten Reſt von Selbſtändigkeit auch in Geldſachen nimmt. So gleiten wir immer weiter ab von der ſchiefen Ebene, denn wir ſind wehrlos, alſo auch recht- und ehrlos. Die Vergewaltigung der deutſchen Werke, der früheren Waffen- und Munitionsfabriken des Reiches, die jetzt harmloſe Friedensartikel herſtellen, geht ungehindert weiter. Die Arbeiterſchaft ſelbſt lehnt ſich ſchon erbittert dagegen auf und hat auch eine Deputation zu unſeren Zwingherren von der Entente geſchickt, aber der Erfolg iſt mehr als fraglich.

Und da ſitzt nun in Waſhington die Abrüſtungskonferenz beieinander und hält ſchöne Reden. Man will den Flottenbau einſchränken, keine neuen Küſtenbefeſtigungen aufführen, den Zündſtoff zwiſchen Amerika und Japan in Oſtaſien unſchädlich machen und was dergleichen ſchöne Dinge mehr ſind. Keiner denkt im Ernſt daran, ſeine Verſprechungen zu halten. Der Oberfranzoſe Briand ſpielt die Rolle eines geriſſenen Advokaten und verſichert die ſtaunende Welt der glühenden Friedensliebe Frankreichs. Daß der Vernichtungswille gegen Deutſchland alle dieſe Sprüche Lügen ſtraft, das ſcheint niemand in Waſhington zum Bewußtſein zu kommen.

Deutſchland.

Mannheim, 18. Nov. Der Konflikt bei Benz hat damit ſein Ende gefunden, daß beide Teile ſich dem Spruch des Schlichtungsausſchuſſes unterworfen haben. Dieſer billigt im allgemeinen die Bedingungen der Betriebsleitung für die Wiederaufnahme des Betriebs, kommt dem Standpunkt der Arbeiter aber inſofern entgegen, als die Arbeiter, die den Konflikt verurſachten, nicht dauernd aus dem Betrieb ausgeſchloſſen, ſondern in vierzehn Tagen wieder eingeſtellt werden ſollen.

Berlin, 18. Nov. Die Verhandlungen zwiſchen Regierung, Arbeitgebern und -nehmern über das Kreditangebot der Induſtrie dauern fort, nachdem das Angebot nicht mehr als Ultimatum, ſondern als Verhandlungsbaſis angeſehen wird. — Reichsminiſter a. D. Schiffer hat auf eine Eingabe der Stadt Beuthen geantwortet, daß ihm jeder Gedanke fernliege, Beuthen bei den deutſch-polniſchen Verhandlungen als Tauſchobjekt zu benutzen.

Breslau, 18. Nov. Auf dem Mittelſchleſiſchen Parteitag der Sozialdemokratiſchen Partei erklärte Reichstagspräſident Loebe, die vorliegenden Steuervorlagen müßten als nutz- und wertlos von der Sozialdemokratie abgelehnt werden, wenn nicht gleichzeitig der Zugriff auf die Gold- und Sachwerte erfolge. Der Reichstagspräſident rechne mit der Möglichkeit der Reichstagsauflöſung und Neuwahlen. Dem deutſchen Volke könne die Entſcheidung über die Wiedergutmachung und die Steuerfragen wahrſcheinlich nicht erſpart werden.

Berlin, 18. Nov. Zu den Gerüchten über die Forderungen und Drohungen der Reparationskommiſſion hören wir, daß es ſich bei den Verhandlungen zunächſt nur um die Bezahlung der am 15. Januar 1922 fälligen 500 Millionen Goldmark und um den am 15. Februar fälligen Teil der Ausfuhrabgabe handelt. Die Kommiſſion wünſcht dieſe Zahlung geſichert zu ſehen, eventuell durch eine Bürgſchaft der Induſtrie und Banken. Die eingeleiteten Verhandlungen bewegen ſich in der hier vorgezeichneten Richtung.

Die württembergiſche Induſtrie und die Kreditaktion.

Zur Kreditaktion der Deutſchen Induſtrie wird der Demokratiſchen Preſſekorreſpondenz von unterrichteter Seite geſchrieben: Die vom Reichsverband der deutſchen Induſtrie aufgeſtellte Forderung nach Entſtaatlichung der Reichseiſenbahnen dürfte in den Kreiſen der württ. Wirtſchaft und insbeſondere unſerer Induſtrie keine ſo ungeteilte Zuſtimmung finden, wie dies nach dem Vorgehen des Reichsverbands etwa vermutet werden könnte. Die Entſtaatlichung der Eiſenbahnen brächte die Gefahr mit ſich, daß dieſe Verkehrsmittel ihren wirtſchaftspolitiſchen Aufgaben im Intereſſe der Volkswirtſchaft des ganzen Reiches weithin entzogen und auch in dieſer Hinſicht privatwirtſchaftlichen Einflüſſen in ſtarkem Maße unterſtellt würden. Einer ſolchen Entwicklung kann im Intereſſe der wirtſchaftsgeographiſch ungünſtig gelegenen deutſchen Gebiete, alſo vor allem Süddeutſchlands, nicht entſchieden genug entgegengetreten werden. Es iſt zu erwarten, daß dieſe Geſichtspunkte von den dazu berufenen Vertretungen unſerer Induſtrie gegenüber allen beteiligten Stellen mit Nachdruck geltend gemacht werden.

Der Steuernachlaß für die Daimlerwerke.

Stuttgart, 18. Nov. Im Gemeinderat erklärte der ſtädtiſche Finanzreferent, Rechtsrat Dr. Kopp, über den Steuernachlaß für die Daimler-Motoren-Geſellſchaft in Untertürkheim folgendes: Es handle ſich nicht um einen Steuernachlaß, ſondern um eine Herabſetzung des Gewerbeſteuerkataſters der Firma und ihres Gewerbeſteuerkapitals. Letzteres war urſprünglich auf 32,7 Millionen Mark feſtgeſetzt, wovon rund 20 Prozent für den Staat und Gemeinde abgezogen wurden, ſodaß das Steuerkapital für den Staat 26,2, für die Gemeinde 20,5 Millionen Mark betrug. Die Firma hat für 1919 Neueinſchätzung beantragt, das Finanzminiſterium habe die erhobene Beſchwerde berückſichtigt und eine Neueinſchätzung mit dem Ergebnis vorgenommen, daß das Steuerkapital der Firma für 1919 und 1920 auf 4,6 Millionen Mark herabgeſetzt wurde gegenüber der urſprünglichen Einſchätzung von 32,7 Millionen Mark. Der Ausfall an Staatsſteuer beträgt 1 784 000 Mark, bei der Gemeinde 9 459 000 Mark, allein für das Jahr 1920. Für 1921 ſei eine Neuveranlagung beabſichtigt. Die ganze Steuerermäßigung der Firma für die beiden Jahre belaufe ſich auf 11¼ Millionen Mark. Wie der Steuerausfall von 9,4 Millionen Mark bei der Stadt Stuttgart gedeckt werden kann, ſteht noch nicht feſt. Der Gemeinderat beſchloß einſtimmig, eine Eingabe an die Regierung zu richten, daß den Gemeinden bei der nächſten Einſchätzung zur Gewerbeſteuer ein weitgehendes Mitwirkungs- und Einſpruchsrecht eingeräumt werde, lehnte aber eine Beſprechung der Steuerſache gegen die Stimmen der Linken ab.

Der Kampf gegen den deutſchen Arbeiter.

Die Entente hat amtlich entſchieden, daß die ſchnell laufenden Dieſelmotoren nicht als ſolche für Handelsſchiffe anerkannt werden, ſondern als Kriegsmaſchinen geächtet bleiben ſollen. Die Ueberwachungskommiſſion hat daher auch bereits der Firma Benz & Co. in Mannheim die Einſtellung des Baues ſolcher Motoren und den Abbruch aller Einrichtungen dafür anbefohlen. Es handelt ſich alſo um die grundſätzliche Unterdrückung aller ſchnellaufenden Maſchinen, die für Seeſchiffe, Kraftwerke uſw. heute unentbehrlich ſind. Mit Langſamläufern iſt die deutſche Induſtrie nicht mehr wettbewerbsfähig, verliert die Abſatzmöglichkeiten und damit Arbeit und wird gezwungen, die Zahl ihrer Arbeiterſchaft zu vermindern.

Reichswirtſchaftsrat und Kreditaktion.

Berlin, 18. Nov. Die bisherigen Verhandlungen des Reichswirtſchaftsrates in der Frage der Kreditaktion der deutſchen Induſtrie haben bisher als Ergebnis folgende Punkte gezeitigt: 1. Minderung der Spannung zwiſchen Kredit- und Debetzinſen der Banken; 2. Beſeitigung der Bereitſtellungskredite; 3. Förderung des Warenwechſels; 4. Förderung des Akzeptkredites; 5. Ausgeſtaltung des Mobiliarkredites; 6. Ausgeſtaltung des Sparkaſſenkredits für induſtrielle Zwecke; 7. Ausbau des Genoſſenſchaftsweſens; 8. Wiedereinführung des Bankgeheimniſſes; 9. Förderung der Inſtitute der Privatbankiers; 10. Förderung der Ausgabe von Obligationen durch die mittlere Induſtrie unter Abſatz in engeren Kreiſen.

Neue polniſche Gewalttaten in Oberſchleſien.

Berlin, 18. Nov. Dr. Urbanek, der frühere deutſche Plebiszitkommiſſar Oberſchleſiens erzählt im „Berl. Tageblatt" von neuen polniſchen Gewalttaten in Oberſchleſien aus den jüngſten Tagen. Zu Beginn des Monats wurden in Kattowitz in der großen Bahnhofshalle die Eiſenbahner Radzek, Madler und Urbanek von Beamten der Abſtimmungspolizei verhaftet und der Kriminalkommandantur der Interalliierten Kommiſſion in Kattowitz zugeführt, welche die Ueberführung in das Polizeipräſidium anordnete. Das Laſtauto, das ſie dorthin bringen ſollte, nahm indeſſen unter Führung uniformierter Apobeamten den Kurs nach der polniſchen Grenze, wo es von dem polniſchen Major Balerus entgegengenommen wurde. Alle drei Häftlinge wurden nach Sosnowice überführt und dort unmenſchlich verprügelt. Radzek und Madler ſind daran geſtorben, Urbanek iſt freigekommen. Die ſchuldigen Polizeibeamten befinden ſich drüben jenſeits der Grenze in unangetaſteter Sicherheit. Dr. Urbanek ſchließt aus dieſen und anderen Vorfällen, daß die Abſchließung der Grenze gegen Polen eine über jede Erörterung erhabene Selbſtverſtändlichkeit bleiben müſſe. Die Marſchroute der Botſchafterkonferenz ſchreibt bekanntlich für fünfzehn Jahre freien Grenzverkehr vor.

Ausland.

Holland wehrt ſich gegen die deutſche Einfuhr.

Rotterdam, 17. Nov. Der Verband der Konfektionäre richtete an den Finanzminiſter folgendes Telegramm: Der Landesbund der Konfektionäre in Rotterdam erlaubt ſich, nachdem die Mark kataſtrophal geſunken iſt und die Konkurrenz von jenſeits der Oſtgrenze für unſere Betriebe ein Ruin zu werden droht, mit dem größten Nachdruck bei Ew. Exzellenz auf Maßnahmen zu dringen, die der Konfektionsinduſtrie mit ihren Tauſenden von Arbeitern das Fortbeſtehen möglich machen, indem Ew. Exzellenz beſtimmen wollten, daß für die Einfuhr der Wert der Mark unverändert auf 10 Cents feſtgeſetzt werde, wodurch auch die beſtehenden Lohnſtreitigkeiten beſeitigt werden können. Dies würde die Konkurrenz möglich machen und das ſonſt notwendige Schließen der Fabriken und damit Arbeitsloſigkeit verhindern.

Das Geſuch der holländiſchen Konfektionäre wirft ein blitzartiges Schlaglicht auf die weltwirtſchaftliche Lage, wie ſie durch das Fallen der deutſchen Mark geſchaffen worden iſt. Was wir immer wiederholt haben, und was auch von einſichtigen Wirtſchaftspolitikern im Auslande anerkannt worden iſt, beſtätigt ſich hier: Deutſchland wird unter dem Druck der Reparationszahlungen, bei ſtändig ſinkender Valuta, der gefährlichſte Konkurrent auf dem Weltmarkte, weil es in allen valutaſtarken Ländern preisunterbietend auftreten kann. Daß dieſer erzwungene Schleuderausverkauf allerdings zu einer Verminderung des deutſchen Volksvermögens führt, darf natürlich nicht überſehen werden. Aber Deutſchland befindet ſich in der Zwangslage, ſoviel zu exportieren, als es nur irgend kann. Dieſer Maſſenexport macht ſich in der holländiſchen Textilinduſtrie als unerträgliche Konkurrenz am ſchärfſten bemerkbar. Daher der Verzweiflungsruf der holländiſchen Konfektionäre, die zu dem draſtiſchen Mittel eines hohen Zwangskurſes für die deutſche Mark ſchreiten möchten. Eine Maßnahme, die, wenn ſie überhaupt durchführbar wäre, den deutſchen Export nach Holland mit einem Schlage erdroſſeln würde und natürlich auch eine ſtarke Rückwirkung auf den holländiſchen Export nach Deutſchland ausüben müßte.

Der franzöſiſche Finanzminiſter über die deutſche Finanzlage.

Paris, 18. Nov. In der geſtrigen Kammerſitzung beantwortete Finanzminiſter Doumer verſchiedene Interpellationen über die Finanzlage Frankreichs. Im Laufe ſeiner Rede ſprach er auch von der Finanzlage Deutſchlands. Er wies darauf hin, welche Schwierigkeiten zu überwinden ſeien, um den Bedürfniſſen des Wiederaufbau-Gebiets Rechnung zu tragen. Der Abgeordnete de Laſteyrie habe ſehr intereſſante Auskünfte gegeben, die mit denen der Regierung gleichliefen und bewieſen, daß, wenn Deutſchland — er ſage nicht nur die augenblickliche Regierung Deutſchlands — wolle, dann könne es bezahlen. Deutſchland beſitze Aktiven, die es ſchwer in Goldmark und in ausländiſchen Deviſen umwandeln könne. Aber es ſeien deutſche Vermögen vorhanden, deren größter Teil außerhalb des Landes ſei und deren Beſitzer keinen großen Eifer zeigten, der deutſchen Regierung zu helfen, ihre Verpflichtungen zu halten. Sie müßten ſich aber von den Folgen Rechenſchaft ablegen, die ein bankrottes Deutſchland nach ſich ziehen würde. Wenn dieſer Bankrott ſich ereignen werde, werde er Ereigniſſe nach ſich ziehen, die die deutſche Reichseinheit kaum überleben könne. (Lebhafter Beifall.) Die Alliierten, insbeſondere aber Frankreich, könnten nicht dulden, daß auf ihre Schultern auch nur ein Minimum der Laſten zurückfalle, die nach dem Friedensvertrag den Deutſchen zufielen. (Beifall.) Der Finanzminiſter erklärte, er bewahre immer den Gedanken, daß Deutſchland den Verpflichtungen, die es übernommen habe, nachkommen werde und er ſehe eines der Heilmittel für die finanzielle Lage Frankreichs darin, daß die von Deutſchland zurückzuerſtattenden Ausgaben bezahlt würden. Wenn möglich, ſo ſchloß er die Erörterung über dieſe Frage, müſſen wir die Schuld Deutſchlands internationaliſieren. (Beifall.)

Die amerikaniſche Abrüſtungskonferenz.

Hughes über das oſtaſiatiſche Problem.

Waſhington, 17. Nov. In der heutigen nicht öffentlichen Sitzung begnügte ſich Hughes mit allgemeinen Darlegungen über die Notwendigkeit, jeden Grund zu einem Konflikt aus Fragen des fernen Oſtens zu beſeitigen, nachdem man es unternommen habe, eine Flottenrüſtungspauſe eintreten zu laſſen. Er empfahl die Wiederaufrichtung Chinas mit ſeiner alten Ziviliſation und ſeiner Arbeitskraft. Dann rühmte er Japan und ſeine erſtaunlichen Fortſchritte und wies auf die Notwendigkeit hin, im fernen Oſten den Grundſatz der offenen Tür aufzuſtellen. Er erkannte jedoch an, daß Japan ſich an der Schwelle Chinas befinde und ſchien andeuten zu wollen, daß er geneigt ſei, Japan eine Art Sonderſtellung einzuräumen, ungefähr wie die, welche in den im Abkommen Lanſing-Iſhii feſtgelegten Rechten enthalten iſt. Amerika habe gegen dieſe Allgemeinheiten kein Programm aufgeſtellt.

Eine Sonderkonferenz für Landabrüſtung?

Ein Mitglied der amerikaniſchen Delegation in Waſhington teilte Pariſer Vertretern mit, daß für die Rüſtung zu Land bisher noch keine Vorſchläge ausgearbeitet ſeien. Er wies darauf hin, daß England und Amerika ihren Truppenbeſtand auf das Maß der nationalen Verteidigung herabgeſetzt hätten. Die Rüſtung zu Land werde ebenfalls diskutiert werden, und zwar auf einer Konferenz, die nächſtes Jahr eigens für dieſen Zweck einberufen werden ſoll. (Iſt Frankreich die treibende Kraft für die Verſchiebung? Schriftl.)

Altes Eiſen.

Waſhington, 18. Nov. Der Amerikaner Henry Ford, der als Pazifiſt bekannt, kündigt an, daß er bereit ſei, die geſamte Kriegsflotte als altes Eiſen zu kaufen. Er will das Kriegsgerät zu Automobilen und landwirtſchaftlichen Maſchinen umbauen. Dieſer Vorſchlag wird von den Eiſenmagnaten ganz ernſt genommen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Totenſonntag.

Troſthelfer.

Der Schmerz iſt heilig, da ſollen Menſchenworte nicht dreinpfuſchen. Das iſt das Beſte, was man einem bekümmerten Menſchen geben kann, daß man mit ihm trägt. Schwer und hart — und darum ohne Worte.

Heſſelbacher.

Kriegerverein
Neuenbürg.
Zu der am Sonn…
den 20. ds. Mts., …
evang. Kirche hier ſtattfind…
Gedächtnisfeier
zu Ehren unſerer im …
krieg gefallenen deutſchen …
der werden die Kame…
mit der Bitte um vollzä…
Teilnahme eingeladen. …
ſammenkunft ¾ 10 Uhr …
am Schiff. Ehrenzeichen …
Auszeichnungen wollen …
legt werden.
Der Ausſchu…

Konſum- u Sparver…
Neuenbürg.
Von heute ab
Zucker,
vorerſt pro Mitglied 5 …
Nächſte Zuckerausg…
zweite Dezember-Hälfte. …
gliedskarte vorzeigen.

Wir ſtellen noch einig…
lernte
Börſen-
macherinnen
ein.
Heinrich Scholl, A.-…
Kunſtmühle Neuenbü…

Violine,
gebraucht, gut erhalten, …
paſſendes Weihnachtsge…
billig zu verkaufen. …
ſchen Sonntag, den 20. …
vormittags.
Zu erfragen in der „…
täler"-Geſchäftsſtelle.

Oberniebelsba…
Eine 32 Wochen träch…
gute
Fahr-
Kuh
(mit dem 3. Kalb) hat zu …
kaufen
Frau Luiſe Bäze…

Dennach.
Einen
Salz und
Pfeffer-Schnauzer,
pr. Rattenfänger, …
Stück 6 Wochen alte …
Schnauzern, hat zu verka…
Ernſt Kol…

Blaue Arbeitsanzü…
Drillichanzüge,
kräftige Arbeitsho…
Feldgraue Hoſen,
Mancheſter-Hoſen,
Warme Lodenjoppen
offeriert
Weintraubs An- u. Verka…
geſchäft, Karlsruhe,
Kronenſtraße 52.

Junges Mädch…
zur Unterſtützung der H…
frau in kleine Familie …
Kind, bei beſter Bezah…
und Verpflegung nach …
maſens geſucht.
Gefl. Offerten oder pe…
liche Vorſtellung im
Cafe Sonne,
Wildbad.

Ich ſuche auf 1. Deze…
für Küche und Haush…
ein ehrliches, ſolides
Mädchen
in kleine Familie (2 Perſ…
Frau Fritz Schumach…
Pforzheim, Leopoldſtra…

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Das wäre freilich traurig genug, wenn die allergrößte Lebenstat deines Lieben, das iſt ſein Tod, kein größeres Ding erwirkte, als dich zu Tränen zu preſſen, dir Haupt und Seele zu beugen und deinem Geiſt das Rückgrat zu brechen, daß er müde und lahm durch den Reſt ſeiner Tage hinkt. Sein Tod will auch in dir tätig werden. Aufrichten will er dich, zuſprechen möchte er dir und ſagen: „Straff! ſtark! Jetzt mußt du deine Muskeln ſpannen. Nicht niedergebrochen! Sondern aufgerichtet, Tränen getrocknet, Augen geklärt und ſtolz und ſtark geſchritten. Und das Tagewerk tapfer zur Hand genommen. Dein Bruder draußen hat ſich geſtrafft und das Schwere und Harte geliebt und war ſo ſtark, daß er's bis zur großen Tat des Sterbens hat bringen können. So wird doch deine Kraft zum Leben ausreichen!" Meiſter Guntram.

Der Schmerz iſt es, der uns die tiefſte Bedeutung aller Menſchengeſchichten, den ſechſten Sinn, die andauernde Mitleidenſchaft erſchließt. Hilty.

Ueber Nacht, über Nacht kommt Freud und Leid,
und eh' du's gedacht, verlaſſen dich beid
und gehen, dem Herrn zu ſagen,
wie du ſie getragen.

Dennach, 17. Nov. (Erwiderung zur Ortsvorſteherwahl.) Heute, ausgerechnet an dem Tage, in dem die von mir vorbehaltene Bedenkzeit zur Annahme oder Ablehnung der Wiederwahl als Ortsvorſteher der hieſigen Gemeinde abläuft und meine Annahmeerklärung bei der Aufſichtsbehörde eingetroffen ſein wird, erſcheinen im „Enztäler" über die hieſige Wahl einige Zeilen, die zur Erwiderung direkt auffordern. Zunächſt will ich öffentlich hier feſtſtellen, daß auch mir die überaus ſchwache Wahlbeteiligung nicht gerade erwünſcht war und mich in erſter Linie zu der vorbehaltenen Bedenkzeit veranlaßte. Ferner: einen Gegenkandidaten aufzuſtellen wäre doch Sache der Wähler geweſen, (aber vor der Wahl und nicht nachher durch Eingeſandt), und dieſe werden ohne jede Ausnahme zugeben müſſen, daß ich perſönlich einer Gegenkandidatur keinesfalls im Wege ſtand. Kein Ortsvorſteher wird in dieſen bewegten Zeiten und nach den durchlebten Kriegsjahren erwarten, daß er ausſchließlich wirklich offene und ehrliche Freunde in ſeiner Gemeinde hat; aber mit der erwähnten Verſtimmung zum Rathaus ſcheint es offenbar nicht allzuweit her zu ſein, denn ſonſt müßten dieſe vielen verſtimmten, der Wahlurne ferngebliebenen Wähler imſtande geweſen ſein, einen Gegenkandidaten aufzuſtellen und durchzubringen. Warum hat denn der Herr Einſender von geſtern ſich nicht als Gegenkandidat aufſtellen laſſen? Wenn der geſtrige Artikel ſein eigenes Geiſtesprodukt tatſächlich iſt — worauf die gegebene Faſſung allerdings nicht ſchließen läßt — dann hätte er ohne Zweifel das nötige Zeug zum Ortsvorſteher. Schultheiß Neuweiler.

Neueſte Nachrichten.

Stuttgart, 18. Nov. Der bisherige zweite Vizepräſident des Landtags, Abg. Keil (Soz.) hat aus Anlaß ſeiner Berufung zum Arbeitsminiſter ſein Amt niedergelegt. In der erſten Vollſitzung des Landtags, die in nächſter Woche, vorausſichtlich am Donnerstag, den 24. November ſtattfindet, wird auch die Wahl eines zweiten Vizepräſidenten vorgenommen werden. — Der Abg. Roßmann von der Deutſchen Volkspartei hat an die Staatsregierung folgende Kleine Anfrage gerichtet: Blättermeldungen zufolge beſteht die Abſicht, die Poſtgebühren auf das 15fache gegenüber den Friedenstarifen zu erhöhen. Iſt das Staatsminiſterium in Würdigung der Tatſache, daß die Beſeitigung des Defizits bei der Poſt nur durch organiſatoriſche Maßnahmen mit äußerſt ſparſamer Wirtſchaft und nicht allein durch Tariferhöhungen, die wiederum preisſteigernd wirken, erreicht werden kann, bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die unſere Wirtſchaft und Kultur gefährdende Tariferhöhung nicht in dieſem gewaltigen Maße Geſetz wird? Ich begnüge mich mit einer ſchriftlichen Antwort.

Heilbronn, 18. Nov. In dem Einbrecherprozeß wurde heute nachmittag das Urteil gefällt. Es erhielt: der Juwelier Karl Krebs 13½ Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverluſt, Stellung unter Polizeiaufſicht, der Elektrotechniker Heinrich Horn von Heilbronn 10 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverluſt und Stellung unter Polizeiaufſicht, der Reiſende Auguſt Wacker 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverluſt, dieſe drei unter Einrechnung bisheriger Strafen für verſchiedene Straftaten, ferner der Arbeiter Heinrich Wacker von Heilbronn 8 Monate Gefängnis, der Lederhändler Johann Wolf 6 Monate Gefängnis, deſſen Ehefrau 7 Wochen Gefängnis, Emma Haug, die Braut des Krebs, 2½ Monate Gefängnis, der Silberarbeiter Heldenmaier und Frau, je einen Monat Gefängnis, Ludwig Frauenholz von Wimpfen 3 Monate, der Schloſſer Auguſt Sattler-Wimpfen 2 Monate, der Händler Karl Bauer von Frankfurt 4 Monate, der Arbeiter Auguſt Steiner von Rappenau 6 Monate und der Lehrling Meiſch von Heilbronn, der die Silberdiebſtähle begangen hatte, 4 Monate Gefängnis.

München, 18. Nov. Es verlautet, daß der bayeriſche Geſetzentwurf gegen Schlemmerei Gefängnisſtrafen, ſowie Geldſtrafen bis zu 100000 Mark, im Wiederholungsfalle Zuchthausſtrafen bis zu fünf Jahren, Geldſtrafen bis zu 200000 Mark, Verluſt der bürgerlichen Ehrenrechte, Ueberweiſung an die Landespolizei, ſowie öffentliche Bekanntgabe der Namen der Schuldigen vorſieht. Auch in Deutſchland ſich aufhaltende Ausländer ſollen gegebenenfalls vom Geſetz betroffen werden. Nicht nur für Schlemmer ſelbſt, ſondern auch für diejenigen, die der Schlemmerei Vorſchub leiſten, ſieht der Geſetzentwurf ſchwere Strafen vor, ſo Entziehung der Konzeſſion, Schließung der Lokale und eventuell neben dieſen Strafen noch Geldbußen.

Ludwigshafen, 18. Nov. In der Badiſchen Anilin- und Sodafabrik wurde in der Nacht zum 17. November ein ſchwerer Einbruchsdiebſtahl verübt. Mittels Sauerſtoffgebläſes erbrachen die Diebe einen feuerſicheren Schrank und entwendeten Wertſachen im Werte von einer halben Million Mark. Die Direktion hat eine Belohnung von 50000 Mk. für die Herbeiſchaffung des Diebesguts ausgeſetzt.

Oppau, 18. Nov. Von den in Oppau Verunglückten ſind 450 mit Namen bekannt, 72 wurden als unbekannt beerdigt, ſodaß die Zahl der Toten 522 beträgt, 52 Perſonen werden noch als vermißt geführt. Die Geſamtzahl der Opfer beläuft ſich ſomit auf 574. Von 62 Toten, die auf dem Friedhof ruhen, konnten die Perſonalien nicht feſtgeſtellt werden.

Worms, 18. Nov. Geſtern nachmittag entſtand in der Haarwaſcherei des Werkes Liebenau der Heyl'ſchen Fabrik in Worms-Neuhauſen Großfeuer. Mehrfach waren Exploſionen von Säureflaſchen zu hören. Das Gebäude wurde bis auf die Umfaſſungsmauern niedergelegt.

Berlin, 19. Novbr. Die Reparationskommiſſion wird vorausſichtlich heute abend Berlin verlaſſen. Als Ergebnis der Verhandlungen zwiſchen der Kommiſſion und der Reichsregierung glauben die Blätter feſtſtellen zu können, daß die Ententemächte auf einer ordnungsmäßigen Erfüllung der am 15. Januar 1922 fälligen Reparationsverpflichtung von 500 Millionen Goldmark beſtehen. Die Reparationskommiſſion ſei zu der Anſicht gekommen, daß die deutſche Regierung in der Lage ſei, den notwendigen Betrag von der deutſchen Induſtrie zu erlangen.

Berlin, 19. Nov. Der neue Reichsjuſtizminiſter Profeſſor Dr. Radbruch äußerte ſich ſeinem Fraktionsgenoſſen gegenüber über die Grundſätze der kommenden Juſtizreform. Er machte Ausführungen über die kommende Strafprozeß- und Strafrechtsreform, über die Novellengeſetzgebung, über das ſogenannte Geſetz zum Schutze der Republik, über eine Reform des Eheſcheidungsrechts uſw. Zum Schluß kündigte er eine große Begnadigungsaktion an, die ſich auf die von den Sondergerichten gefällten Urteile erſtreckt. Sämtliche auf Zuchthaus lautende Urteile der Sondergerichte ſollen nachgeprüft werden, auch wenn keine beſonderen Gnadengeſuche vorliegen, ferner alle andern Urteile, ſoweit Gnadengeſuche eingereicht worden ſind. Grundſätzlich ſollen alle Perſonen begnadigt werden, die als Mitläufer des Aufſtandes anzuſehen ſind. Die Prüfung ſoll periodiſch wiederholt werder, erſtmalig am 1. April 1922.

Berlin, 19. Nov. Auf Veranlaſſung des preußiſchen Miniſters des Innern hat der Berliner Polizeipräſident die Auflöſung der in Berlin ſtationierten Hundertſchaft zu beſonderer Verwendung der Schutzpolizei angeordnet. Dem „Vorwärts" zufolge iſt die Auflöſung erfolgt auf Grund des Ergebniſſes, das die letzten Verhandlungen gegen Schupo-Beamte wegen Mißhandlung Feſtgenommener zutage gefördert hätten. — Das Hauptverfahren gegen von Jagow, von Wangenheim und Dr. Schiele iſt auf den 7. Dezember angeſetzt. — In dem Prozeß wegen der Aufführung von Schnitzlers „Reigen" wurden alle Angeklagten freigeſprochen und die Koſten der Staatskaſſe auferlegt. — Der deutſche Groß-Induſtrielle Hugo Stinnes wird in London erwartet. Er ſoll dort von wichtigen Perſönlichkeiten empfangen werden. — Geſtern mittag wurden in verſchiedenen Straßen des Oſtens von Berlin wiederum Lebensmittelgeſchäfte geplündert. Trupps von mehreren hundert Menſchen ſchlugen die Fenſterſcheiben der Läden ein und raubten die Verkaufsvorräte. Drei der Täter konnten feſtgenommen werden. — Heute abend drangen in Neu-Kölln etwa 150 Perſonen, meiſt Frauen, in ein Lebensmittelgeſchäft in der Karlsgartenſtraße ein und entwendeten etwa 1½ Zentner Butter und ſieben Faß Marmelade. Beim Eintreffen der zu ſpät benachrichtigten Polizei floh die Menge.

Elbing, 18. Novbr. Das Warenhaus Lublinski iſt in der Nacht zum Freitag bis auf die Umfaſſungsmauern ausgebrannt. An eine Rettung der Stoffe und des anderen Inhalts des Warenhauſes war nicht zu denken. Der Schaden geht in die Millionen.

Hamburg, 18. Nov. Oberleutnant Boldt, der ſeinerzeit gefeſſelt nach Leipzig gebracht wurde, befand ſich ſeit ſeiner Inhaftnahme im Hamburger Unterſuchungsgefängnis. Er wurde in den letzten Tagen mit Schreibarbeiten beſchäftigt und hatte ſogar Erleichterung der Unterſuchungshaft. Geſtern abend iſt es ihm gelungen, aus dem Gefängnis am Holſtentor zu entfliehen. Die Spur des Flüchtlings aufzufinden, war bisher unmöglich.

London, 18. Nov. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Admiralität der 4 Firmen, die den Bau der 4 Schlachtkreuzer der Ueberhood-Klaſſe bewerkſtelligen, angewieſen hat, bis auf weiteres die Arbeit an dieſen Schiffen einzuſtellen. — Eine hier verbreitete Nachricht aus Waſhington meldet, die amerikaniſche Regierung ſtehe auf dem Standpunkt, daß die augenblicklich von Deutſchland geforderten Zahlungen übermäßig ſeien und daß Frankreich und Italien Abänderungen zuſtimmen müßten.

Newyork, 18. Nov. Auf einem Feſtmahl der Credit Men's Aſſociated hielt Senator Calder eine Rede, in der er dafür eintrat, daß Präſident Harding eine Kommiſſion ernenne, um die Frage der europäiſchen Schulden an Amerika im Betrage von 11 Milliarden Dollar zu regeln. An eine Streichung irgend einer dieſer Schuldverpflichtungen könne nicht gedacht werden. Der Redner erklärte: Die ſtarken Nationen Europas müſſen ihre Schulden an uns zurückzahlen oder Zinſen zahlen.

Entführung zur Fremdenlegion.

Am Montag früh wurde der 21 Jahre alte Kaufmann Förſter in Karlsruhe auf dem Wege ins Büro auf dem Friedrichsplatz von einem Mann angehalten, der vorgab, ſoeben bei ſeinem Chef geweſen zu ſein. Dieſer beantrage, den jungen Mann in einer geſchäftlichen Angelegenheit an den Rheinhafen zu begleiten. Das Auto ſtehe ſchon bereit. Nichts ahnend ſtieg der junge Mann ein. Auf dem Wege wurde er narkotiſiert. Als er erwachte, bemerkte er mit Schrecken, daß das Auto mit Franzoſen beſetzt war. Schließlich landete er in einem Konzentrationslager für Fremdenlegionäre in Neuſtadt a. d. H., das von Franzoſen bewacht wurde. Seine Habſeligkeiten (Uhr, Geld uſw.) fehlten, bis auf ein ſilbernes Zigarettenetui, das unbemerkt in der hinteren Hoſentaſche geblieben war. Als die Nacht hereingebrochen war, kletterte der junge Mann an dem Gitter empor und gelangte, ohne von den Wächtern geſtört zu werden, ins Freie. Er lief durch das Feld, bis er zu einem Eiſenbahndamm gelangte. Dort begegnete er einem Mann, dem er ſein Erlebnis erzählte, und erfuhr, daß er bis in die Gegend hinter Neuſtadt gebracht worden war. Der Pfälzer, dem er ſein Zigarettenetui als Pfand anbot, gab ihm 10 M., worauf er telegraphiſch ſeine Eltern in Karlsruhe verſtändigte. Unterdeſſen iſt er wieder in Karlsruhe angekommen.

Vom Bayeriſchen Landtag.

München, 18. Nov. Im Bayeriſchen Landtag erklärte heute Handelsminiſter Hamm, daß die bayeriſche Staatsregierung dem Kreditangebot der Induſtrie die größte Aufmerkſamkeit entgegenbringe, weil es ſich dabei um das Schickſal des Landes und der früheren bayeriſchen Bahnen handele. Es wäre beſonders für Bayern gefährlich, die Entſcheidung über die geſamten Fragen des Eiſenbahnweſens privaten Händen zu überlaſſen. Die bayeriſche Regierung habe daher den Vorſchlag der Induſtrie für unannehmbar erklärt und dieſen Standpunkt dem Reich gegenüber vertreten. Sie erwarte aber, daß die Maßnahmen zur wirtſchaftlichen Geſtaltung der Bahnen mit größter Beſchleunigung in die Wege geleitet werden und daß den Verhandlungen hierüber auch die Länder teilnehmen. Graf Lerchenfeld wies die gegen die bayeriſche Regierung hobenen Vorwürfe zurück, daß ſie zu der Proklamation Prinzen Rupprecht keine Stellung genommen habe. Nach wiſſenhafter Prüfung der Kundgebung habe die Regierung eine ſtaatsrechtliche Stellungnahme nicht für nötig erachtet. Kundgebung lege ein ſo entſchiedenes Zeugnis ab von Treue zum deutſchen und bayeriſchen Vaterland, daß Urheber Unrecht geſchähe, wenn man ihm das zutraue, was Linksparteien für möglich hielten.

Zur Durchſuchung der Rockſtrohwerke in Heidenau.

Dresden, 18. Nov. Die Angelegenheit iſt heute dahin erledigt worden, daß die Fabrikleitung und die Arbeiter von ſich aus beim Polizeipräſidium den Antrag auf Be gung und Durchſuchung des betreffenden Raumes ſtellten. von der Interalliierten Kommiſſion bei der Durchſuchung Dienstag in dem einen Hochbau bezeichnete Mauer wurde aufhin an einer Stelle durchbrochen. In dem dahinter be lichen Raum wurden von den Polizeibeamten 150 Stück rechtſtehende Mantelrohre für leichte Feldhaubitzen aus Chrom nickelſtahl in den verſchiedenſten Bearbeitungen feſtgeſtellt zur weiteren Verfügung durch die zuſtändigen Stellen ſicher ſtellt. Die Fabrikleitung und die Vertreter der Arbeiter erklärten einſtimmig, es handle ſich dabei um Mantelrohre (Zwiſchenfabrikat), welche die Fabrik, die während des Militäraufträge gehabt hat, noch in den letzten Monaten Krieges in Bearbeitung genommen habe. Keinesfalls ſei Material, das erſt nach dem Friedensvertrag angeſchafft in Bearbeitung genommen worden ſei.

Kohlenpreiserhöhung.

Berlin, 18. Nov. Auf Grund der Lohnvereinbarungen, jüngſt im Reichsarbeitsminiſterium zwiſchen Arbeitgebern -nehmern der deutſchen Bergbaureviere mit Wirkung 1. November d. J. getroffen worden ſind, beſchloß geſtern Reichskohlenverband in gemeinſamer Sitzung mit dem Gro Ausſchuß des Reichskohlenrats folgende durchſchnittliche Preiserhöhungen ohne Steuer: Ruhrrevier: 132 M. je Tonne ab 1. Dezember, Niederſachſen: 145 M. je Tonne ab 1 Dezember, Sachſen: 135,30 M. je Tonne ab 1. Dezember, Niederſchleſien 128,30 M. je Tonne ab 20. November, Rheiniſche Braunkohlenbriketts: 50,71 M. je Tonne ab 1. Dezember, Rohkohle 15 je Tonne ab 1. Dezember, Mitteldeutſche und Oſtelbiſche Braunkohlenbriketts 80 M. je Tonne ab 21. November, Rohkohle 24 M. je Tonne ab 21. November. Hierbei mußte Zuſtimmung der Reichsregierung dem Einfluß der rapiden Geldentwertung der letzten Zeit in gleicher Weiſe wie bei Löhnen auch bei den ſonſtigen Selbſtkoſten der Kohlengewinnung, insbeſondere den Materialien, die nachgewieſenermaßen 40 Prozent und mehr der geſamten Selbſtkoſten, alſo 67 Prozent und mehr der Lohnkoſten je Tonne Kohle betragen, einen Zuſchlag von 60 Prozent auf die reinen Lohnmehrkoſten Rechnung getragen werden. Die Beſchlußfaſſung erfolgte zu einſtimmig.

Deutſcher Reichstag.

Berlin, 18. Nov. Der Reichstag nahm heute das Geſetz über die Weltpoſtvereinsverträge und den ſtrafrechtlichen Schutz der Preisſtempelabdrücke auf Poſtſendungen in allen drei Leſungen an, ebenſo in zweiter und dritter Leſung das Geſetz über Notſtandsmaßnahmen zur Unterſtützung von Invaliden-Rentenempfängern. — Im Steuerausſchuß gab Miniſterialdirektor Popitz eine Ueberſicht über die Reichsſteuern. Demnach ergibt ſich, daß die ſteuerliche Belaſtung in England und Frankreich unvergleichlich geringer iſt gegenüber der ſteuerlichen Belaſtung in Deutſchland, beſonders was die Beſitzbelaſtung betrifft, und bei angemeſſener Berückſichtigung der Kaufkraft des Geldes im Inlande. — Der volkswirtſchaftliche Ausſchuß des Reichstags nahm einen Antrag des Zentrums an, grundſätzlich mit einer Erhöhung der Erwerbsloſenfürſorge um etwa ein Drittel einverſtanden zu erklären.

161 Milliarden Fehlbetrag für 1922.

Berlin, 19. Nov. Der Reichsrat beſchäftigte ſich geſtern mit dem dritten Nachtragsetat für 1921. Dieſer enthält zum erſtenmal einen Beitrag für die auf Grund der Annahme des Ultimatums im Rechnungsjahr 1921 zu leiſtenden Reparationszahlungen, die nunmehr im ordentlichen Etat 95,1 Milliarden und im außerordentlichen 17,1 Milliarden erfordern. Bei einem weiteren Sinken der Mark iſt mit einer Erhöhung dieſer Summen zu rechnen. Der Reichszuſchuß für die Poſt und für die Eiſenbahnen macht gegen 20 Milliarden aus. Der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags enthält außer den Reparationsausgaben an Beſatzungskoſten noch 5,8 Milliarden Mark. An Ausgaben für die interalliierten Kommiſſionen ſind 1,2 Milliarden vorgeſehen. Die Interalliierte Rheinlandkommiſſion koſtet allein 198 Millionen, die Reparationskommiſſion 800 Millionen Mark im Jahr. Alles in allem gerechnet ergibt ſich für 1921 ein Fehlbetrag von 161,6 Milliarden Mark, wobei zu berückſichtigen iſt, daß erſt im nächſten Etat für 1922 die Reparationslaſt im vollen Betrag erſcheinen wird. Es wird alsdann mit einer Jahresausgabe für Reparationen von 234,2 Milliarden zu rechnen ſein, für ein einziges Jahr alſo ſoviel, wie die geſamte franzöſiſche Kriegsentſchädigung nach dem Kriege von 1870–71 betrug. Dazu kommen dann noch die Leiſtungen auf Grund des Wiesbadener Abkommens. Das Ergebnis der zurzeit dem Reichstag vorliegenden neuen Steuervorlagen reicht nicht im entfernteſten aus, um den Fehlbetrag auch nur des ordentlichen Haushalts auszugleichen.

Weitere Arbeitervertreter bei Nollet.

Berlin, 18. Nov. Die Vorſtände des Allgemeinen deutſchen Gewerkſchaftsbundes, des Gewerkſchaftsvereins und des Bundes hatten den Vorſitzenden der Interalliierten Kommiſſion, General Nollet, gebeten, eine gemeinſame Abordnung zu empfangen, um im Namen von 13 Millionen organiſierter Arbeiter Vorſtellung wegen des Vorgehens der Entente gegen die Deutſchen Werke zu erheben. Wie die „P.P.N." hören, bot die Kommiſſion heute Gelegenheit, in einer zweiſtündigen Unterhaltung mit General Nollet die Auffaſſung der deutſchen Arbeiter darzulegen, während der General die Gründe für das Vorgehen der interalliierten Kommiſſion erläuterte. Die Kommiſſion wurde ferner vom engliſchen und italieniſchen Botſchafter ſowie vom amerikaniſchen Geſchäftsträger empfangen. Mehrere Herren der Leitung der Deutſchen Werke haben ſich nach Paris begeben, um bei den zuſtändigen franzöſiſchen Stellen und auch beim Botſchafterrat wegen der angedrohten Stillegung der Deutſchen Werke vorſtellig zu werden.

Erſt am Montag waren die Mitglieder des Betriebsrats der Deutſchen Werke bei General Nollet, um Vorſtellungen gegen die Zerſtörung der Deutſchen Werke zu erheben. Die Arbeiterſchaft forderte dabei die Zurückziehung der ſeit September 1921 gegen die Deutſchen Werke erlaſſenen Noten. General Nollet verſprach, die zur Begründung dieſer Forderung vorgebrachten Ausführungen der Botſchafterkonferenz zu übermitteln, da er dieſe Gründe durchaus würdige. Leider zeigt die folgende Meldung des „Matin", daß die Würdigung des Generals Nollet nur eine ſehr bedingte und augenblickliche war und daß die Ententekommiſſion in Wirklichkeit gar nicht daran denkt, ihre Maßnahmen rückgängig zu machen.

Nollet beſteht auf Vernichtung der Deutſchen Werke?

Dem „Matin" wird aus Berlin gemeldet, daß die Kontrollkommiſſion trotz aller Geneigtheit, die Intereſſen der deutſchen Arbeiter zu berückſichtigen, auf die Umſtellung der Waffenfabriken nicht verzichten könne. Die deutſche Regierung werde eine Friſt von fünf Monaten erhalten, um dieſe Umſtellung zu bewerkſtelligen. Die Kommiſſion könne Deutſchland nicht die Möglichkeit laſſen, die deutſche Bevölkerung zu bewaffnen. Sie zweifle nicht an der Loyalität der jetzigen Regierung.

LANDKREIS CALW
Kreisarchiv Calw

ge geleitet werden und daß auch die Länder teilnehmen en die bayerische Regierung s sie zu der Proklamation ung genommen habe. Nach ndgebung habe die Regierung ome nicht für nötig erachtet hiedenes Zeugnis ab von erischen Vaterland, daß man ihm das zutraue, was ten.

odstrohwerke in Heidenau.

Angelegenheit ist heute dadurch sleitung und die Arbeiter dium den Antrag auf reffenden Raumes stellen. ssion bei der Durchsuchung bezeichnete Mauer wurde ochen. In dem dahinter Polizeibeamten 150 Stück ichte Feldhaubitzen aus n Bearbeitungen festgestellt die zuständigen Stellen die Vertreter der Arbeiter e sich dabei um abrik, die während des Krieges ch in den letzten Monaten men habe. Keinesfalls Friedensvertrag angeschafft den sei.

erhöhung.

nd der Lohnvereinbarungen, ium zwischen Arbeitgebern gbaureviere mit Wirkung rden sind, beschloß gestern amer Sitzung mit dem ts folgende durchschnittliche Ruhrrevier: 132 M. je Tonne 46 M. je Tonne ab 1. Dezember ab 1. Dezember, Niederschlesien ember, Rheinische Braunkohle 1. Dezember, Rohkohle Mitteldeutsche und Ostelbische Tonne ab 21. November, ovember. Hierbei mußte ung dem Einfluß der in gleicher Weise wie bei Selbstkosten der Kohlengruben alien, die nachgewiesenermaßen nten Selbstkosten, also 67 e Tonne Kohle betragen, auf die reinen Lohnmehrkosten Beschlußfassung erfolgte

Reichstag.

chstag nahm heute das e und den strafrechtlichen ostsendungen in allen drei und dritter Lesung das Unterstützung von Invaliden teuerausschuß gab Minister ber die Reichssteuern. lastung in England und st gegenüber der steuerlichen nders, was die Besitzbelastung Berücksichtigung der Kaufkraft r volkswirtschaftliche ntrag des Zentrums ung der Erwerbslosenfürsorge en zu erklären.

lbetrag für 1922.

rat beschäftigte sich gestern 21. Dieser enthält zum ersten Grund der Annahme des 21 zu leistenden Reparationen entlichen Etat 95,1 Milliarden 1 Milliarden erfordern. t ist mit einer Erhöhung hüsszuschuß für die Post und Milliarden aus. Der Haushalt ensvertrags enthält außer ungskosten noch 5,8 Milliarden interalliierten Kommission Die interalliierte Rheinland illionen, die Reparations Jahr. Alles in allem hlbetrag von 161,6 Milliarden ist, daß erst im nächsten vollen Betrag erscheinen hresausgabe für Reparationen en sein, für ein einziges Jahr ranzösische Kriegsentschädigung rung. Dazu kommen dann noch badener Abkommens. Das ng vorliegenden neuen teffen aus, um den Fehlbetrag shalts auszugleichen.

rtreter bei Nollet.

ande des Allgemeinen deutschen rkschaftsvereins und des n der Interalliierten Kommission ine gemeinsame Abordnung 13 Millionen organisierter vergebens der Entente gegen Wie die „B.B.Z." hören, ndelt, in einer zweistündigen et die Auffassung der deutschen er General die Gründe für mmission erläuterte. Die glischen und italienischen en Geschäftsträger empfangen er Deutschen Werke haben zuständigen französischen wegen der angedrohten stellig zu werden. e Mitglieder des Betriebsrats l Nollet, um Vorstellungen Werke zu erheben. Die rückziehung der seit September e erlassenen Noten. General ndung dieser Forderung otschafterkonferenz zu ans würdige. Leider daß die Würdigung des te und augenblickliche war Wirklichkeit gar nicht ma zu machen.

ung der Deutschen Werke?

rlin gemeldet, daß die Kontrolle eit, die Interessen der deutschen die Umstellung der Waffen Die deutsche Regierung halten, um diese Umstellung n könne Deutschland nicht Bevölkerung zu bewaffnen. der jetzigen Regierung.

nicht, wie die nächste Regierung aussehen werde. Die en Nationalisten bemühten sich, die Arbeiter der Deut- Werke gegen Frankreich aufzuhetzen, indem sie ihnen sag- daß auf das Verlangen der Interalliierten Kommission hin Arbeiter brotlos werden. Diese Zahl sei aber nach der der Kommission falsch. Es brauchten nicht mehr als Arbeiter entlassen zu werden und diese könnten in der gangszeit von fünf Monaten leicht eine andere Ver- ung finden. An der Richtigkeit dieser Meldung ist leider zu zweifeln.

Um das Kreditangebot der Industrie.

Die gestern unterbrochenen Besprechungen zwischen dem verband der deutschen Industrie und den Spitzenorgani- en der Gewerkschaften sind heute fortgesetzt worden. Die sche Allg. Ztg." nennt als wichtigstes Ergebnis der gest- Verhandlungen, daß beide Parteien den Willen zu einer ndigung zeigten und daß sie nüchtern an ihren bisherigen rammen festhielten. Hinsichtlich der Diskussion der Eisen- habe man sich dahin geeinigt, daß der Reichsverband der chen Industrie so schnell als möglich Vorschläge über eine ganisation bezw. Umbildung dieser Betriebe machen soll, dem Gegenstand weiterer Besprechungen mit der Zentral- gemeinschaft sein sollen. — Die Sozialisierungskommis- des Reichstags soll sich in der nächsten Woche mit der aktion der Industrie beschäftigen. Es sollen mehrere verständige über die Frage, wie man die Wirtschaftlichkeit Reichseisenbahnen fördern kann, gehört werden. Wie ver- werden zu diesen Sachverständigen auch der ehemalige ische Eisenbahnminister Dr. von Breitenbach und Hugo nes gehören.

Berlin, 19. Nov. Gestern fanden Besprechungen zwischen Ausschüssen der Banken und des Reichsverbands der deut- Industrie über die Kreditaktion statt. Es wurde beschlos- dem Reichskanzler ein Schreiben zu überreichen, in dem Ausdruck gebracht wird, daß der Reichsverband der In- seine Bereitwilligkeit, eine Kreditaktion einzuleiten, auf- erhalte. Die „Vossische Zeitung" teilt mit, daß dieses eiben von den beteiligten Kreisen als geeignete Grundlage Weiterführung der Kreditaktion und für Verhandlungen Aufnahme eines Internationalen Kredits betrachtet

Die amerikanische Abrüstungskonferenz.

nkreichs Wunsch nach der Seeherrschaft im Mittelmeer.

Paris, 18. Nov. In einem Leitartikel weist „Gaulois" auf ziemlich bescheidene Rolle hin, die Frankreich bis jetzt auf der Washingtoner Konferenz gespielt habe, und über die man sich in Frankreich mit Recht Sorgen mache. In der Tat sei man etwas überrascht gewesen dadurch, daß die Delegierten der drei großen Seemächte es für angebracht gehalten hätten, Frankreich aus dem Spiele zu lassen. Indem „Gaulois" darauf hinweist, daß Frankreich keine Marine mehr habe, die seine Nachbarn bedrohen könnte, betont er, Frankreich brauche keine Geschwader und Ueber-Dreadnoughts, wohl aber eine Verteidigungsflotte zum Schutze der heimatlichen Häfen und zur Sicherstellung der Verbindung zwischen den Kolonien und dem Mutterlande. Dagegen könne England nichts einwenden, zumal Frankreich ja nicht den Bau von Unterseebooten mit großem Aktionsradius verlange, die England Anlaß zur Furcht geben könnten. Frankreich wünsche lediglich die Herrschaft im Mittelmeer zu erhalten, was mit Rücksicht auf Algeriens und Marokkos Sicherheit Frankreichs Prestige und seine Levantepolitik gebieterisch fordern würden. Mit Unruhe erwarte daher Frankreich eine Aeußerung seiner Delegierten über ihr Programm.

Der Streit um die Uboote in Washington.

Nach einer Meldung aus Washington gehen die Ansichten Amerikas und Englands in der Frage der Unterseebootstonnagen so weit auseinander, daß sich die Erörterung wahrscheinlich längere Zeit hinziehen wird. Die britische Delegation wird vielleicht eine Gesamttonnage der Ubootswaffe von 45 000 Tonnen, sowie die Einschränkung der großen Unterwasserfahrzeuge auf 250 Tonnen vorschlagen. Diese beiden Vorschläge scheinen den Vereinigten Staaten unannehmbar zu sein. Amerika ist der Ansicht, daß 90 000 Tonnen Ubootsraum für die Verteidigung notwendig seien; es ist bereit, England denselben Tonnenraum zuzugestehen. Weiter heißt es in der Meldung, wenn der amerikanische Standpunkt nicht eine radikale Aenderung erfahre, scheine wenig Hoffnung zu bestehen, daß ein Uebereinkommen bezüglich der Gesamttonnage und der Beschränkung der Größe erwartet werden könne.

Amerikas Pazifik-Programm.

Der Washingtoner Korrespondent des „Daily Telegraph" erfährt aus den Kreisen des Weißen Hauses, daß die **Vereinigten Staaten** für die Regelung der Fragen des **fernen Ostens** folgende Vorschläge zu machen gedenken:

1. Aufhebung oder Abänderung des englisch-japanischen Bündnisvertrages; 2. Räumung des Schantunggebiets und Sibiriens durch Japan; 3. Verzicht Japans auf die Vorrechte und Ansprüche in China; 4. Aufhebung der Einflußsphären Großbritanniens, Japans und Frankreichs, sowie der anderen Staaten in China; 5. Uebernahme der Verpflichtung, daß der Privat- und Eisenbahnbesitz in China keine politischen und militärischen Rechte bedingt; 6. Amerika wäre zu einem Abkommen bereit, durch das es seine Befestigungen auf den Philippinen und den anderen Stützpunkten im Stillen Ozean aufgibt, falls Japan im westlich Teil des Stillen Ozeans keine Befestigungen mehr errichtet.

Japan fordert 60 Prozent seines Flottenbestandes.

Washington, 18. Nov. Der japanische Delegierte Kato erklärte in amtlicher Form: Infolge seiner geographischen Lage erachte es Japan als billig, daß die interalliierten Länder zustimmen werden, daß Japan im allgemeinen etwa 60 Prozent seines Tonnengehalts behalte.

London, 18. Nov. Dem Washingtoner Berichterstatter des „Manchester Guardian" zufolge widersetzt sich die britische Marine-Delegation auf der Konferenz der proportionalen Verminderung der Flotten, solange nicht die künftige Größe der französischen und der italienischen Flotte festgelegt sei, da sonst Frankreich in fünf Jahren beginnen könne, durch Flottenbauten ebenso die Vorherrschaft anzustreben, wie es die Ueberlegenheit zu Lande besitze. Man vermutet, daß die Haltung Englands in dieser Frage Italien willkommen sei. — „Daily Chronicle" meldet aus Washington: Die Abrüstungskonferenz wird wahrscheinlich in einigen Wochen geschlossen werden. Sie wird sich darauf beschränken, den Flottenrüstungsplan für alle fünf Großmächte fertigzustellen und die allgemeinen Erklärungen über die politischen Fragen des fernen Ostens zu beendigen. Die nächstjährige Konferenz wird sich mit den Einzelfragen des Einvernehmens über den fernen Osten und mit den Rüstungen zu Lande befassen.

Washington, 19. Nov. Hughes hat für Montag vormittag 11 Uhr eine Vollsitzung der Entwaffnungskonferenz einberufen. Man nimmt an, daß im Laufe dieser Sitzung Briand den französischen Standpunkt bezüglich der Rüstungen zu Lande zur Kenntnis bringen wird. Am Schlusse der gestrigen Kabinettssitzung erklärte der amerikanische Marinesekretär, daß der Bau der amerikanischen Kriegsschiffe, die augenblicklich auf den Halligen liegen, fortgesetzt werde, bis die Konferenz zu einer bestimmten Vereinbarung gelangt sei.

Man färbe daheim nur mit echten **Brauns**'schen **Stoffarben** und fordere die lehrreiche Gratisbroschüre No. Z von **Wilhelm Brauns**, Gesellschaft m. beschr. Haftung, **Quedlinburg a. H.**

Ständiges Inserieren führt zum Erfolg.

Pfannkuch & Co

Täglich frische

Wurstwaren

in feinsten Qualitäten:

Bierwurst,
Salami,
Braunschweiger Mettwurst,
Kassler Leberwurst,
Sardellen-Leberwurst,
Frankfurter Griebenwurst,
Thüring. Rotwurst,
Rollschinken,
Schweineripple.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.

Neuenbürg.

Verloren

ging am Freitag abend auf dem Wege von der Wilhelmshöhe nach Neuenbürg eine **Herrenuhr mit kurzer Kette.**

Abzugeben gegen Belohnung bei **Wils** (Wilhelmshöhe).

Neuenbürg.
Schöner, schwarzer

Rheinländer-Hahn

(1920er Brut) preiswert zu verkaufen oder gegen **Schlachthahn** zu tauschen bei

Ernst Lindemann.

Grunbach.
Eine ältere

Nutz- und Fahrkuh

(37 Wochen trächtig), sowie ein fast neues

Chaisengeschirr

verkauft

Friedr. Speer.

Birkenfeld.
Ein

Einspänner-Pferd

ist zu verkaufen

Hauptstraße 70.

Schichtholz-Versteigerung.

Aus sämtlichen Distrikten der Schifferwaldungen werden **Mittwoch, den 30. ds. Mts., vorm. 9 Uhr** beginnend, **Gasthaus z. Friedrichshof in Forbach (Baden)** folgende Schichtholzsortimente öffentlich versteigert:

Scheiter: Ster: ca. 700 bu., 1400 ta., 700 fi., Prügel: Ster: ca. 80 bu., 700 ta., 300 fi, sowie ca. 3000 Ster Kohlholz.

Losauszüge und nähere Auskunft durch das Forstamt II Forbach (Baden).

Verladestation: **Forbach, Raumünzach, Klosterreichenbach und Wildbad.**

Fuhrlöhne: samt Verladen ca. 15—25 *M.* je Ster.

Am Sonntag, den 20. November,
von nachmittags 2 Uhr an,
findet
im Gasthaus z. „Anker" in Neuenbürg

große Tanz-Unterhaltung

statt unter Leitung des
Herrn Tanzlehrers **Bogner** aus Pforzheim.

Viehzählung am 1. Dezember 1921.

Die Herren Ortsvorsteher werden auf die am 1. Dez. 1921 vorzunehmende **Viehzählung** aufmerksam gemacht, welche sich auf Pferde, Esel, Maultiere, Maulesel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner), zahme Kaninchen (Stallhasen) und Bienenstöcke erstreckt.

Die näheren Bestimmungen über die Durchführung der Zählung sind der Verfügung des Ernährungsministeriums vom 3. November ds. Js. (Staatsanzeiger Nr. 258) zu entnehmen. Die Formulare gehen den Gemeindebehörden in den nächsten Tagen zu.

Die abgeschlossene Ortsliste, der eine gedrängte Darstellung über die Ursachen der in den einzelnen Viehgattungen eingetretenen Verschiebungen beizufügen ist, ist spätestens bis **9. Dezember ds. Js.** dem Oberamt vorzulegen.

Neuenbürg, den 16. Nov. 1921.

Oberamt:
Wagner.

Versammlung der Gemeindebaumwärter.

Die auf 11. ds. Mts. ausgeschriebene Versammlung (Enztäler Nr. 249) findet nunmehr am **Freitag, 2. Dezember**, statt. Zusammenkunft **vorm. 9 Uhr** im **Rathaus** in **Ottenhausen.**

Neuenbürg, den 18. November 1921.

Oberamt:
Wagner.

Ehrung für weibliche Dienstboten mit 10jähriger Dienstzeit.

Die Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg hat die Schaffung eines Ehrenzeichens für weibliche Dienstboten, die in einer und derselben Familie 10 Jahre lang treu und in Ehren gedient haben, beschlossen. Das Ehrenzeichen in Form einer Brosche wird von den Bezirkswohltätigkeitsvereinen im Auftrag der Zentralleitung auf Weihnachten jeden Jahres verliehen, zum ersten Male in diesem Jahre.

Bewerbungen sind durch Vermittlung des Pfarramts und Schultheißenamts bis spätestens **1. Dezember** beim Bezirkswohltätigkeitsverein einzureichen. Beizufügen sind eine amtliche Bescheinigung über die Dauer des Dienstverhältnisses, ein Familienregister-Auszug, aus welchem die Familienverhältnisse des Dienstboten zu ersehen sind, und ein amtlich beglaubigtes Zeugnis der Dienstherrschaft.

Neuenbürg, den 17. November 1921.

Vorſ. des Bez.-Wohltätigkeits-Vereins:
Dekan Dr. Megerlin.

Trotz

der großen Teuerung bin ich noch in der Lage,

Ueberzieher, Ulster, Anzüge, Hosen und Joppen

aus nur besten Stoffen
zu den bekannt billigen Preisen abzugeben!!

Verkaufslager Pforzheim, Tal 2, I. Stock.

Herrenalb.

Zur Vervollständigung einer Mitte nächster Woche abgehenden Waggons werden noch

Papierabfälle

zu höchsten Tagespreisen angenommen.

Gebr. Mayer, Papierwarenfabrik.

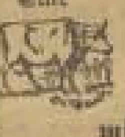
Obernhausen.
Verkaufe oder tausche eine ältere

Nutz- und Fahrkuh,

34 Wochen trächtig.

Ernst Gottlob Wolfinger,
alt.

Gräfenhausen.
Eine



Kalbin

mit Kalb

hat zu verkaufen

Ernst Roth

Honig-Wachs,
sowie alte Waben,

kauft fortwährend

Carl Fröschle, Pforzheim,
Dillsteinerstr. 8.

Pfannkuch & Co

Cigarren, Cigaretten und Tabake

in großer Auswahl und billigen Preisen.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.

Frau B. Osswald,
Homöopathie ✚ Naturheilkunde.
Sprechstunde: Montag, Dienstag, Mittwoch,
10—12 und 2—5 Uhr.
Pforzheim. Westliche 73 II.

Künstliche Kauß Pforzheim am Marktplatz | Wand- Bilder-Schmuck in allen Größen & Preislagen Besichtigung ohne Kaufzwang

Kauf eventl. auch Miete eines **Hauses** oder **Villa** mit freiwerdender Wohnung und Laden, oder geeignet zum Ladenausbau für vornehme **Medizinal-Drogerie** in guter Verkehrslage eines **Kur-** oder **Badeortes** sofort gesucht.

Gefl. Preisofferten an
Apotheker **C. Voigt**, z. Zt. **Berlin-Halensee**,
Friedrichsruherstraße 20 II.

Goldschmiede-Lehrling

gesucht.

Ein aufgeweckter Junge, welcher das Goldschmiede-Handwerk gründlich erlernen will, wird angenommen.

Locher & Co., Calmbach.

Geschäfts-Kalender
für Forstbeamte
für 1922 sind vorrätig in der
C. Meeh'schen Buchhandlung,
Inh.: D. Strom.

Suche kleine

Haushaltungs-Wage
mit Gewicht

zu kaufen. Angebote mit Preis an die Geschäftsstelle des „Enztälers" erbeten.

Jakob Kusterer
Anna Kusterer
geb. Konrad

Vermählte

Langenbrand *Birkenfeld*

19. November 1921.

Conweiler.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unſerer am

Sonntag, den 20. November 1921

ſtattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gaſth. zum „Adler" in Conweiler

freundlichſt einzuladen mit der Bitte, dies als perſönliche Einladung annehmen zu wollen.

Wilhelm Rapp,
Sohn des Andreas Rapp, Maurers, Conweiler.

Lina Burkhardt,
Tochter des Jakob Burkhardt, Conweiler.

Kirchgang ½11 Uhr in Conweiler.

Arnbach, den 18. November 1921.

Todes-Anzeige.

Allen Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß unſere liebe Mutter, Groß- und Urgroßmutter

Chriſtine Glauner,
geb. Bauer

im Alter von 85 Jahren ſanft in dem Herrn entſchlafen iſt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 3 Uhr ſtatt.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zum Wohnhausneubau des Herrn **Karl Fix**, Metzgers und Landwirts in **Birkenfeld** haben wir

Schreiner-, Glaſer-, Schloſſer-, Gipſer- und Maler-Arbeiten

zu vergeben.

Die Arbeitsbeſchriebe u. a. ſind in unſerem Büro in **Birkenfeld** zur gefl. Einſicht aufgelegt, woſelbſt auch die Angebote bis ſpäteſtens **Mittwoch, den 23. November, nachmittags 4 Uhr**, abgegeben werden wollen.

Zuſchlagsfriſt 7 Tage.

Birkenfeld, den 16. November 1921.

J. A.: **Die Bauleitung:**
W. Hildenbrand und H. Kling, Architekten.

Geſchäftsempfehlung.

Ich habe mich in **Calmbach** als

Korbmacher

niedergelaſſen, nachdem ich im Blindenheim Schw. Gmünd ausgebildet wurde. Ich bitte die verehrl. Einwohnerſchaft ſowie die Herren Fabrikanten, mich in meinem Unternehmen zu unterſtützen. Saubere, pünktliche Arbeit bei billiger Berechnung wird zugeſichert.

Kriegsblinder Wilhelm Eder,
Korbmacher, **Calmbach.**

Beſichtigen Sie, ehe Sie einkaufen, mein auswahlreiches Lager in

Damen-Hüten und Pelzwaren.

Neu- und Umarbeiten von Hüten und Pelzen in bekannt tadelloſer Ausführung.

Umpreſſen von Damen- u. Herrenhüten ſchnellſtens.

Friedr. Dann, Pforzheim, Zerrennerſtr. 12 Telephon 2244.

Oberamtsſtadt Neuenbürg.

Das Schleifen von Langholz

auf den Waldwegen im Stadtwald, namentlich Mittelſteige und Happenweg, iſt nur beim Vorhandenſein einer Schneedecke geſtattet, zu andern Zeiten aber verboten und wird künftig nach den Verkaufsbedingungen gerügt.

Stadtſchultheiß **Knodel.**

Wir wissen Rat

Wie wir Ihre Rückgratverkrümmung ohne Berufsstörung bessern und ev. heilen, zeigt unser Buch mit 90 Abbildungen. Senden Sie uns 5 Mk. oder fordern Sie es durch Nachnahme

Franz Menzel
Stuttgart 8 Hegelstraße 41

Wir ſuchen

noch einige:

Bügelmacher,
Etuismacher,
Börſenmacherinnen,
Brüniſſeuſen.

Heinrich Scholl, A.-G.,
Kunſtmühle Neuenbürg

Tüchtiges

Mädchen,

das kochen kann, für ſofort nach **Göppingen** geſucht.
Nähere Auskunft erteilt
Marie Schall, Calmbach.

Beſtellungen auf

Stempel

jeder Art nimmt entgegen
C. Meeh'ſche Buchdruckerei,
Inh. D. Strom.

Zuverläſſiges, tüchtiges

Mädchen

für Küchenhaushalt auf ſofort geſucht.

E. Leberer & Cie., Pforzheim,
Weſtl. Karl Friedrichſtr.

Erſtklaſſ. Inſtrumente.

Muſikhaus
„Ketterer"
Pforzheim
in der Altſtadt, Oeſtliche 56.
Reparatur-Werkſtätte im Hauſe.
Ankauf und Umtauſch alter Inſtrumente.

Prüfet Eure Geſundheit!
Homöopathie
Naturheilkunde
Augendiagnoſe, Urinunterſuchung.
Erfolgreiche Behandl. aller Krankheiten.
Eugen Wildbrett, Homöopath und Naturheilpraktiker,
Bad Liebenzell, Wilhelm-Straße.
Sprechſtunden: Werktags 10—12 vorm., 2—4 nachm.; Sonntags 10—12½ Uhr.
Morgen-Urin iſt mitzubringen.

Sofort befreit
von der **Trunkſucht**

Gicht-, Nerven-, Frauen- und Geſchlechtskrankheiten. Viele Dankſchreiben. Schreiben Sie ſofort an **Leopold Otto,** chemiſche Erzeugniſſe, Hannover 74, Alemannſtr. 5.

Phil. Bosch Nachf.
Wildbad,
Hauptstraße Telefon 32.

Große Auswahl
in
Manufakturwaren
Aussteuerartikeln

Damen-Wäsche
Herren-Wäsche
Trikotagen
Kragen Cravatten

Reelle Bedienung!
Billigste Preise!

Neuenbürg.

Buchführung!

Sonntag, 20. Nov., vorm. 11 Uhr, im „Bären"

Vortrag

über: „Der Beginn, die Fortführung und Vollendung, insbeſondere Abſchluß der Buchführung".

Jedermann willkommen!

A. Knecht-Pforzheim.

Kaufe fortlaufend

Ziegen-Felle

kleine	**120 Mark,**
mittlere	**150 Mark,**
größere	**180—200 Mark.**

Gottlieb Obrecht, Pfinzweiler.

Zur Ortsvorſteherwahl in Calmbach.

Zu der Auslaſſung zur Ortsvorſteherwahl in Calmbach im letzten „Enztäler" mag einem Unbeteiligten ein Wort geſtattet ſein. Einſender beanſtandet, daß der Ortsvorſteher ſeither nicht während der vollen Geſchäftsſtunden für jedermann zu ſprechen geweſen ſei, daß er Sprechſtunden eingeführt habe. Wer die Vielgeſtaltigkeit und die Schwierigkeiten des Ortsvorſteherdienſtes, die Menge und Schwere ſeiner Aufgaben kennt, weiß, daß der Ortsvorſteher beides: der jederzeit liebenswürdige und dienſtbereite Beamte und zugleich der produktivſte Arbeiter, in einer Gemeinde von der Größe und Bedeutung Calmbachs nicht ſein kann, wenn die Verwaltung ſo eingerichtet iſt, daß der Schultheiß mit jeder Kleinigkeit ſeines Dienſtes behelligt werden muß. Man zeige (und das gilt nicht nur für Calmbach) bei den Gemeinden und ihren Vertretungen mehr Einſicht in die Notwendigkeit der Entlaſtung des Ortsvorſtehers von Arbeiten, die ihm abgenommen werden können, die Wünſche des Einſenders werden dann ohne weiteres in Erfüllung gehen. Für die vergangenen Jahre mag bedacht ſein, welche Fülle von außerordentlichen Aufgaben die Kriegs- und Nachkriegszeit den Gemeinden, den Ortsvorſtehern gebracht hat; wie faſt alle dieſe Aufgaben den Schultheißen in Widerſpruch mit dem bringen mußten, was die große Mehrzahl ſeiner Gemeindeangehörigen wünſchte, wenn er nicht kurzſichtig und pflichtwidrig nur das Nächſtliegende, ſondern das wahre Wohl der Allgemeinheit erſtrebte. Man rufe ſich neben der Menge der Arbeit den Mangel an Hilfskräften in den arbeitsreichſten Zeiten ins Gedächtnis und man muß verſtehen, daß in Calmbach, wie übrigens an vielen anderen Orten der Ortsvorſteher unſägliches geleiſtet, erlitten und erduldet hat.

Einſender verlangt, daß auf dem Rathaus in Calmbach mehr Aufrichtigkeit, mehr Klarheit, mehr Wahrheit herrſche.

Es wäre zu wünſchen daß er dieſelbe Forderung auch an ſich ſtellte. Seine Pflicht wäre geweſen, die merkwürdigen Dinge, die er nur andeutet, offen und in nachprüfbarer Weiſe zur Sprache zu bringen, das wäre wahr, klar und aufrichtig geweſen. Ihr Vorbringen in dieſer Form und zu einem Zeitpunkt, der dem Angegriffenen keine Zeit zur Abwehr mehr läßt, iſt nicht recht.

In Calmbach weiß man zwar ohnehin, was von ſolchen Angriffen zu halten iſt, und der unbefangene Teil der Bürgerſchaft wird am Sonntag die gebührende Antwort mit dem Stimmzettel nicht ſchuldig bleiben. — Nebenbei mag noch bemerkt ſein, daß die Fachvereine eine öffentliche Sperre der Stelle nicht erlaſſen haben. Wenn ſich kein Bewerber gezeigt hat, ſo war das vorzugsweiſe darauf zurückzuführen, daß man überall eingeſehen hat, daß der brave und tüchtige Ortsvorſteher, den Calmbach bisher hatte, nichts anderes verdient als das, was ihm die große Mehrheit der Bürgerſchaft ohnehin entgegenbringt: **das volle und uneingeſchränkte Vertrauen der Gemeinde auch in Zukunft.** Und das möge am Sonntag zum Ausdruck kommen.

Kunstblätter,
gerahmte
Bilder.

Kunsthdlg. Reuss, Pforzheim, im Rathaus

Brief-
papiere,
Künstlerkarte
Besichtigung ohne Kaufzw

Wir vergeben

Heimarbeit

in **Bügelmachen, Doſ Etuis, Finieren, Brunier Börſen-Eindrehen, Bügl faſſen.**

Heinrich Scholl, A.-G.
Kunſtmühle Neuenbür

Herrenalb.

Wintermantel

(beige Flauſchſtoff), Größe
ganz neu, ſowie

Kragen mit Muff

(ſchwarz Aſtrachan), preisw
zu verkaufen

Villa Hindenburg,
III. Stock.

KARL SATTLER
MUSIK-
INSTRUMENTENMACHER
PFORZHEIM WESTL. 30
FABRIKATION · GROSSHANDEL

Nähmaſchinen,

Herren- und Damen-

Fahrräder,

ſowie **Gummi-Bereifung** zu äußerſt vorteilhaften Preiſ empfiehlt

Walther Herold,
Pforzheim,
Weſtl. 67, b. d. Emilienſtr

Bei Lungenleiden, Hu aller Art, benützt man gutem Erfolg das tauſendf bewährte Lungenheilmittel

Pulmoſan,

beſtehend aus Tee und Arz Verſchafft ſelbſt in hartnäck ſten Fällen noch Linder Viele Dankſchreiben! Pr Mk. 20.—. Porto u. Pack extra. Alleinverſand durch **Rolapotheke Hechingen, Hohenz**

Gottesdienſte in Neuenbürg

Sonntag den 20. November 19
Totenſonntag (zugleich Gedenk**feier** für die im Weltkrieg Ge fallenen)
10 Uhr Predigt (Jeſ. 55, 12): Dekan Dr. Megerlin.
Kirchenchor: Herr erbarme dich
Gib den Entſchlafenen Ruhe.
Männerchor Ueber den Stern wohnt Gottes Friede.
Gemeindelied: Die Liebe darf w weinen Nr. 528.
½2 Uhr Chriſtenlehre (Töchter): Dekan Dr. Megerlin.
Mittwoch abds. 8 Uhr Bibelſtun (zugleich Vorbereitung für d Abendmahl am Adventsfeſt.) Dekan Dr. Megerlin.

Katholiſch. Gottesdie in Neuenbürg

Samstag, den 19. November 19
6—7 Uhr abends Beichtgelegen heit.
Sonntag, den 20. November 19
kein Frühgottesdienſt.
8 Uhr morgens Beichtgelege
8 und ¾9 Uhr Austeilung d Hl. Kommunion.
9 Uhr Predigt und Amt.
½2 Uhr nachm. Chriſtenlehre u Andacht.
An den Werktagen iſt der Gottes dienſt von jetzt an immer u ¼8 Uhr.

Methodiſten-Gemeind

Unt. Gartenſtraße Nr. 67
(Prediger E. Lang).
Sonntag vorm. 10 Uhr Predi ½12 Uhr Sonn tagsſchule.
Mittwoch abend 8 Uhr Bibelſtund